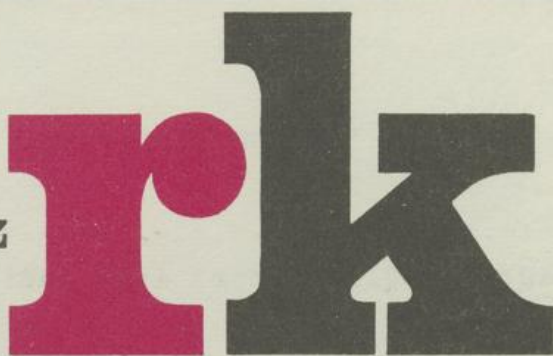


rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Montag, 6. Dezember 1982

Blatt 3518

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Zweite Diskussionsveranstaltung über
ausgesendet: Stadtentwicklungsplan
(grau) Sozialreferat für "Sandler"
Sorgen Sie vor!
Weihnachtsfeiern für Einsame

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa)

Lokal: Sportstättenleitplan für Wien fertig
(orange)

Nur

Über FS: 3.12. Zweistündige Sperre des Handelskai
5.12. Kabelbrand bei der Linie "0"
Feuerwehreinsatz bei tobender Frau
6.12. 20jährigen aus 30 Meter Höhe geborgen
Partielle Sonnenfinsternis

.....
Bereits am 3. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zweite Diskussionveranstaltung über Stadtentwicklungsplan

Utl.: Mehr als 200 Teilnehmer

=++++

16 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 200 Wienerinnen und Wiener waren Donnerstag abend einer Einladung von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER in den Wappensaal des Rathauses gefolgt. Der Wiener Stadtentwicklungsplan stand zur Diskussion. Schwerpunkt der Diskussionsbeiträge war, die Planung des öffentlichen und des Autoverkehrs. Die nächste Diskussionveranstaltung findet am 16. Dezember statt, und zwar in der Ausstellung "Wien 2000" in der Halle P des Messepalastes. In kleinerem Rahmen soll dort versucht werden, jenen Wienerinnen und Wienern die Information über den Stadtentwicklungsplan und die Stellungnahme dazu zu erleichtern, die sich bei einer größeren Veranstaltung weniger gut artikulieren können. #

Im Rahmen der Informationskampagne über den Stadtentwicklungsplan wird derzeit versucht, alle Wienerinnen und Wiener zur Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan zu motivieren. Rund 1.000 schriftliche Stellungnahmen sind bereits eingelangt, die zum größten Teil konstruktive Vorschläge enthielten. Wer sich beim Reden leichter tut, sollte dazu bei den beiden durchgeführten Diskussionsabenden - 23. November und 2. Dezember - Gelegenheit haben. Zahlreiche Teilnehmer an der Veranstaltung bedauerten es jedoch, in dem relativ großen Kreis einer Veranstaltung mit 200 Teilnehmern ihre Anliegen nicht entsprechend ausdrücken zu können. Daher wird die nächste Veranstaltung über den Stadtentwicklungsplan - eine Führung durch die Ausstellung "Wien 2000" mit Erläuterung der einzelnen Sachkapitel und gleichzeitiger Möglichkeit zur Meinungsäußerung ohne psychische Barriere durch Mikrofon und Lautsprecher mit 30 Teilnehmern im Messepalast stattfinden. Sie ist für 16. Dezember, 19 Uhr, in der Halle P des Messepalastes vorgesehen. Nach telefonischer Anmeldung unter 42 800/2085 oder 42 800/2095 werden Zählkarten zugesandt. Der Eintritt ist nur möglich wenn eine Zählkarte vorgewiesen wird. (Schluß) and/gg

.....
Bereits am 4. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Sozialreferat für "Sandler"

=++++

4 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Ab sofort gibt es ein spezielles Sozialreferat für "Sandler" - amtlich: nicht Seßhafte, Ochdachlose oder Personen, die in Wien polizeilich nicht gemeldet sind. Die neue Beratungsstelle befindet sich im 12. Bezirk, Schönbrunner Straße 213-215, 2. Stock. Beratungszeiten sind montags bis freitags von 8 bis 11 Uhr. Derzeit sind ungefähr 4.500 "Sandler" erfaßt, die fallweise von der Sozialhilfe Unterstützung erhalten. Das Sozialamt hofft, durch die Eröffnung des speziellen Referates eine bessere Betreuung dieses Personenkreises möglich zu machen. (Schluß) zi/ap

NNNN

.....
Bereits am 5. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Sorgen Sie vor!

Utl.: Neue Zivilschutzbrochüre informiert

=++++

1 #Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) "Vorsorge heißt nicht, daß man sich nun vor einer Katastrophe fürchten muß, sondern daß man sich auf einen theoretisch möglichen Krisenfall vorbereiten soll. Die Stadt Wien unternimmt alles, um Katastrophen möglichst zu verhindern. Dennoch sollte jeder einzelne über mögliche Maßnahmen für einen Katastrophenfall informiert sein": das betonte Stadtrat Peter SCHIEDER, Präsident des Wiener Zivilschutzverbandes, Sonntag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu der neuen Zivilschutzbrochüre, die die Stadt Wien ab Mitte Dezember an alle Haushalte versenden wird. In dieser Brochüre sind wichtige Tips für Schutzmaßnahmen vom eventuellen Energieausfall bis zu Bevorratung und Selbstschutz enthalten.#

So weist die Brochüre u. a. darauf hin, daß es in Wien zwar entsprechend geschulte Mitarbeiter verschiedener Organisationen, von der Feuerwehr über Rettung bis zum Roten Kreuz usw., gibt, daß diese Helfer aber in einem größeren Notfall nicht überall gleichzeitig sein können. Im Kapitel "Selbstschutz zu Hause" wird daher auf mögliche eigene Hilfsmaßnahmen, von Selbsthilfe bis zum Schutzraum, verwiesen.

Die neue Zivilschutzbrochüre enthält aber auch genaue Angaben über Haushaltsbevorratung und Maßnahmen bei einem Energieausfall. Sie weist auch darauf hin, daß ein batteriebetriebenes Radio gerade in einem Krisen- oder Katastrophenfall wichtig ist, um Informationen zu erhalten, und informiert über die richtige Ausstattung einer Hausapotheke. Außerdem gibt's Tips für ein Notgepäck und ein Verzeichnis der Organisationen, die Zivilschutz- und Erste-Hilfe-Kurse durchführen.

"Wir wollen mit dieser Zivilschutz-Broschüre niemandem Angst einjagen", meinte Schieder dazu. "Es sind viele Tips dabei, die für viele Wienerinnen und Wiener ohnehin schon selbstverständlich sind. Dennoch sollte jeder darüber informiert sein, was in einem Notfall, vom Hochwasser bis zum Erdbeben, getan werden kann". (Schluß) hs/gg

.....
 Bereits am 5. Dezember 1982 über Fernschreiber ausgesendet

Weihnachtsfeiern für Einsame

=++++

2 #Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtverwaltung wird auch heuer wieder in einem Großteil der Bezirke am 24. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offenhalten. Der Besuch der Klublokaltäten steht allen Personen offen, auch wenn sie nicht Klubbesucher sind.#

Sinn und Zweck dieser Aktion ist es, wie Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in diesem Zusammenhang erklärte, alleinstehenden Wienerinnen und Wienern an diesem Tag, an dem sie sich vielleicht besonders verlassen und einsam fühlen, die Möglichkeit zu bieten, dieser Einsamkeit zu entfliehen. Interessenten, die keine Pensionistenklubbesucher sind, können sich für diese Veranstaltung beim zuständigen Sozialreferat ihres Wohnbezirkes - für die Bezirke 17 und 21 in der Bezirksvorstehung - vormerken lassen.

Folgende Pensionistenklubs werden am Heiligen Abend geöffnet sein:

2, Praterstern 1, "Haus der Begegnung"	15.00 bis 18.00 Uhr
3, Weißgerberlande 24	16.00 bis 19.00 Uhr
6, Königseggasse 10, "Haus der Begegnung"	ab 14.00 Uhr
10, Puchsbaumplatz 13	16.00 bis 20.00 Uhr
11, Enkplatz 2	ab 15.00 Uhr
12, Meidlinger Hauptstraße 4	ab 14.00 Uhr
13, Fasangartengasse 65 a	15.00 bis 18.00 Uhr
14, Penzinger Straße 150	15.00 bis 18.00 Uhr
15, Nobilegasse 33 - 35/5	16.00 bis 18.30 Uhr
15, Schwendergasse 39 - 41	16.00 bis 18.30 Uhr
16, Wurlitzergasse 59	14.00 bis 18.00 Uhr
17, Dr.-Josef-Resch-Platz 6	15.00 bis 19.00 Uhr
18, Weimarererstraße 8 - 10	15.00 bis 18.00 Uhr
21, Jedleseerstraße 66 - 94	14.00 bis 19.00 Uhr
22, Erzherzog-Karl-Straße 65/20	15.00 bis 20.00 Uhr

(Eingang Gumploviczstraße)

(Schluß) zi/gg

Sportstättenleitplan für Wien fertig

=++++

18 #Wien, 6.12. (RK-LOKAL/SPORT) Er bietet einen Überblick über bestehende Sportanlagen, beschreibt bereits erstellte Projekte und zeigt auch auf, welche Sportstätten in den einzelnen Bezirken noch notwendig sind: der Sportstättenleitplan für Wien, der kürzlich fertiggestellt wurde. "Dabei geht es natürlich nur um Sportstätten im eigentlichen Sinn wie Fußballplätze, Tennishallen oder Schwimmbäder. Es gibt in Wien natürlich wesentlich mehr Möglichkeiten zur Sportausübung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung, als der Sportstättenplan allein aufzeigt", betonte Sportstadtrat Peter SCHIEDER dazu. "Wanderwege, Radfahrmöglichkeiten, manche Wintersportanlagen wie etwa Rodelstraßen und das Gebiet der Donauinsel sind im neuen Sportstättenleitplan natürlich nicht enthalten."#

Der Leitplan zeigt nach Bezirken gegliedert, die derzeit im Bezirk vorhandenen Sportanlagen von Sportplätzen und ihrer Ausstattung über Schulsportanlagen bis zu Bädern, Tennisplätzen, Sporthallen oder - wie in Penzing - Schipisten. Er dokumentiert aber nicht nur den Ist-Zustand, sondern informiert auch über geplante künftige Projekte. Das Sportamt hat auch gemeinsam mit dem österreichischen Institut für Sportstättenbau errechnet, welcher Fehlbedarf theoretisch in einzelnen Bezirken vorhanden ist. In der Praxis ist wahrscheinlich mitunter der Weg zu einer Sportanlage im Nachbarbezirk kürzer als die Strecke zu einem eventuellen neuen Platz im eigenen Bezirk.

Der Sportstättenleitplan für Wien soll nun natürlich als Grundlage für die Planung neuer Sportanlagen in der Bundeshauptstadt dienen. Damit wird eine sinnvolle weitere Entwicklung des Sportstättenbaus garantiert. (Schluß) hs/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates (Vorsitz GR. MAYRHOFER, SPÖ) wurde Montag mit der Fragestunde begonnen.

Auf die 1. ANFRAGE von GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ), in welchen Branchen, nach Mädchen und Burschen getrennt, Lehrlinge untergebracht werden konnten, denen das Sonderprogramm der Stadt zugute kam, sagte StR. MAYR (SPÖ), daß der Wirtschaftsförderungsfonds insgesamt 1.353 Förderungszusagen gegeben hat. Die Zusagen erstrecken sich über eine breite Palette von Branchen. Eine Aufgliederung nach Geschlechtern wurde nicht vorgenommen, doch kann als Richtwert eine Beschäftigungsquote von etwa 46 Prozent Mädchen und 54 Prozent Burschen angenommen werden.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, wieviele Lehrlinge derzeit in Beschäftigung stehen und wieviele arbeitslos sind, sagte Mayr, er könne die erste Frage nicht beantworten, da der Stichtag für die Zählung der 31. Dezember ist. Mit Stand Oktober gibt es in Wien 968 stellensuchende Lehrlinge und 316 offene Stellen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob im nächsten Jahr die Statistik für Mädchen und Burschen getrennt erstellt werden kann und ob das Sonderprogramm fortgeführt wird, sagte MAYR, bezüglich der Statistik werde man sich bemühen, das Sonderprogramm werde bei Bedarf sicher fortgeführt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 2. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), in welcher Weise den zur Diskussion gestellten Alternativvorschlägen für den Bau der U 3 im dritten Bezirk Rechnung getragen wird, sagte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß alle Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit überprüft werden.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, wieweit bisher Alternativprojekte untersucht wurden, sagte HOFMANN, die Arbeit an der U 3 wird auf der Basis des generellen Projektes fortgeführt, das die Zustimmung aller Fraktionen hat.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, wie hoch der Ausfall an Steuern durch den U-Bahn-Bau sein werde und wieviel man für Stützungsaktionen zahlen werde, sagte HOFMANN, daß die Stützungen wie in anderen Bereichen des U-Bahn-Baues gehandhabt werden würden. Die immer wieder ins Treffen geführte geschlossene Bauweise sei aus technischen Gründen in diesem Bereich nicht möglich. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die 3. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), ob aktuelle Berechnungen über die künftigen Betriebskosten des neuen AKH vorliegen, die jünger als sechs Monate sind, verneinte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER. Auf die 1. ZUSATZFRAGE, welchen Prozentsatz des Gesundheitsbudgets die AKH-Betriebskosten ausmachen werden, sagte Stacher, daß absolute Zahlen nicht genannt werden können. Die Kosten im Gesundheitsbereich sind - bei ständig steigenden Leistungen - im Steigen. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob er sich für die Erhaltung der HNO-, der 1. Medizinischen und der Neurologischen Klinik des AKH, die ein Ensemble bilden, einsetzen werde, antwortete Stacher, daß diese Frage geprüft wurde. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Gebäude nicht erhaltungswürdig sind. Zu den Gründen gehören die hohen Kosten, ein noch größeres Volumen des neuen AKH und der Verlust von Grünflächen.

Auf die 4. ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) nach dem aktuellen Stand der Erhaltungsmaßnahmen der im Besitz der Firma Kallinger stehenden Althäuser gab Stadtrat Dr. ZILK einen umfangreichen Überblick über Revitalisierungsmaßnahmen:

Judenplatz 2: Der denkmalgeschützte Teil wird revitalisiert, die Umbauarbeiten sind in vollem Gang und werden bis Frühjahr 1984 fertig sein.

Jordangasse 9: Hier stehen die Umsiedlungen unter Wahrung der Rechte der Mieter vor dem Abschluß. Voraussichtlich im kommenden Jahr wird dieser Bereich wieder den altgewohnten, denkmalgeschützten Anblick bieten.

Stiftgasse 33: Ein Revitalisierungsprojekt wurde erstellt, die Baudauer wird eineinhalb Jahre betragen. 19 Wohnungen und drei Geschäftslokale sollen entstehen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bei dem denkmalgeschützten Haus Schlüsselgasse 5 stehen, wie Zilk ausführte, die Bauarbeiten vor dem Abschluß. Im Bereich Roter Hof 12-16 sind Revitalisierungsmaßnahmen im Sinne der Denkmalpflege vorgesehen. Auch das denkmalgeschützte Objekt Wasagasse 21 soll revitalisiert werden.

In der Taborstraße 23 (GESIBA) verlaufen die Arbeiten plangemäß und werden spätestens im April 1984 fertig sein.

Für das Ronacher liegt nun ein Baubescheid vor, gegen den von Anrainern allerdings Einspruch erhoben wurde.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob alle Baumaßnahmen im Einvernehmen mit den Mietern erfolgen, antwortete Zilk, dies sei, soweit er es feststellen könne, der Fall. Durch den Wechsel an der Spitze der Hausinhabung wurde eine neue Basis geschaffen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 5. ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), ob im Rahmen der Ausweitung der Aktivitäten der Artothek auch die Möglichkeit des Kaufes dieser Bilder geplant sei, sagte StR. Dr. ZILK (SPÖ), daß er dies weiterhin ablehne. Die Bilder, die aus Förderungsgründen, aus archivarischen und künstlerischen Beweggründen für die Stadt Wien aufgekauft worden seien, dürfen nicht verkauft werden. Außerdem sei ein solcher Verkauf auch eine Schädigung für den Wiener Kunsthandel. Für die Weiterentwicklung der Wiener Kunstszene sei es aber unbedingt nötig, daß der Kunsthandel funktioniert. Als erfreulich bezeichnete es ZILK, daß die Zahl der Galerien in Wien in den letzten Jahren von 15 auf 50 gestiegen ist.

In der Artothek wurden und werden Bilder verkauft, soweit sie nicht aus dem Besitz der Stadt Wien stammen, sondern von Kunstgalerien oder Künstlern selbst zur Verkaufsvermittlung angeboten werden. Die Artothek hat eine erfreuliche Entwicklung aufzuweisen. Die Entlehnquote ist um 50 Prozent gestiegen. Derzeit gibt es 826 ständige Entlehner.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, welche zusätzliche Kosten durch die Ausweitung der Aktivitäten der Artothek auf die Außenbezirke zu verzeichnen sei, sagte ZILK, es fallen lediglich minimale Transportkosten an.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob eine Zusammenarbeit mit den städtischen Büchereien und anderen Kulturinstitutionen in den Bezirken möglich sei, sagte ZILK, daß er dies gezielt von Bezirk zu Bezirk versuche. Derzeit gäbe es eine gute Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Ottakring. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 6. ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), ob sich das System der Ausfallshaftung anstelle der Subventionen bewährt habe, sagte StR. ZILK, daß er positive Erfahrungen damit gemacht habe. Bei der Ausfallshaftung geht es darum, daß kein fixer Betrag wie bei der Subvention zur Verfügung steht, sondern lediglich eine Förderung bis zu einem Maximalrahmen gewährt wird. Es ist dies ein starker Ansporn für Veranstalter, ihre Planung sparsamer zu gestalten. Die Kontrolle der Abrechnung sei mindestens genauso streng wie bei den Subventionen. Außerdem hat das System der Ausfallshaftung dazu geführt, daß Mittel zurückfließen und damit erneut kulturelle Aktivitäten unterstützt werden können.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob die Veranstalter dem System der Subventionen nachtrauern, meinte Zilk, daß die Bereitschaft zum Sparen gestiegen sein. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 7. ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), ob er über den Inhalt des Gutachtens der MA 22, das das Rinter-Projekt kritisch beurteilte, mit Bürgermeister GRATZ und dem damals zuständigen amtsführenden Stadtrat gesprochen habe, antwortete StR. SCHIEDER, er habe nicht mit dem Bürgermeister, wohl jedoch mit dem Stadtrat gesprochen. Auf die ZUSATZFRAGE, warum er nicht mit dem Bürgermeister und dem Stadtrat gesprochen hat, obwohl es erhebliche Bedenken gab, antwortete Schieder, er habe nicht mit dem Bürgermeister, aber mit dem zuständigen Stadtrat gesprochen. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, warum er sich nicht für die Erstellung eines Übergutachtens eingesetzt habe, mit dem überprüft hätte werden können, ob die Bedenken gerechtfertigt sind, antwortete Schieder, daß sich das Gutachten der MA 22 trotz einiger Bedenken grundsätzlich positiv zur Rückgewinnung geäußert hat.

Auf die 8. ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), wie viele Baumpflanzungen 1982 in Wien durchgeführt wurden, antwortete StR. Schieder, daß er nur die städtischen Baumpflanzungen nennen könne, weil es keine Meldepflicht für Baumpflanzungen gibt. Von der Stadt Wien wurden 110.827 Bäume gepflanzt, und dies, obwohl im vergangenen Jahr eine große Baumpflanzaktion stattgefunden hat. Zu den Baumpflanzungen in seinem Bereich kommen noch jene der Stadtwerke, der Landwirtschaftsbetriebe und andere. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 9. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL, wann mit der Fertigstellung des verbesserten Hochwasserschutzes zu rechnen ist, antwortete StR. SCHIEDER, daß die für die Verbesserung des Hochwasserschutzes wesentlichen Elemente am linken Ufer zur Gänze fertiggestellt sind (hier waren die Maßnahmen besonders wichtig). Die Arbeiten zur Vergrößerung des Durchflußprofils erfolgen innerhalb des Zeitplanes. Am rechten Ufer wird der Bauablaufplan im wesentlichen eingehalten. Obwohl es dort im unteren Bereich noch Verhandlungen mit den Bundesbahnen gibt, sind die Vorarbeiten bereits so weit gediehen, daß mit den Bauarbeiten eventuell im nächsten Jahr begonnen werden kann. Die Abflußsicherheit beim Hochwasserschutz wird 1983 gegeben sein.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, welche Auswirkungen sich aus den wiederholten Kürzungen der Budgetmittel für diesen Bereich ergäben, antwortete StR. Schieder, daß sich Verzögerungen ergeben, aber nicht hinsichtlich der Hochwassersicherheit, sondern nur bei Ausgestaltungen oder Komplettierungen, die die Sicherheit nicht beeinflussen. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, welche konkreten Auswirkungen die Halbierung der Mittel für den Hochwasserschutz im 2. Bezirk bringen wird, antwortete StR. Schieder, daß es im 2. Bezirk bisher wohl bei Hochwasser Belästigungen gegeben hat, aber keine Gefahr wie am linken Ufer. Wenn im kommenden Jahr weniger gebaut wird, dann nicht deshalb weil weniger Mittel zur Verfügung stünden, sondern weil es die noch laufenden Verhandlungen mit den Bundesbahnen nicht zulassen, mehr Mittel einzusetzen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 10. ANFRAGE von GR. Margarete TISCHLER (SPÖ), ob es Überlegungen seitens des Stadtgartenamtes für eine effizientere Betreuung der Grünanlagen in den städtischen Wohnhausanlagen gibt, sagte StR. SCHIEDER (SPÖ), daß Überlegungen angestellt werden, die Erhaltungsmaßnahmen für die Grünanlagen in die Verwaltung der Bewohner zu übertragen.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob bereits diesbezügliche Koordinierungsgespräche mit der Wohnhausverwaltung und der Vertretung der Gemeindemieter stattgefunden haben, sagte SCHIEDER, daß es bereits Verhandlungen zwischen dem Stadtgartenamt und der Wohnhausverwaltung gegeben hat. Weitere Schritte wird die Wohnhausverwaltung übernehmen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob es bereits derartige Betreuungsversuche durch die Bewohner gibt, die sich bewährt haben, sagte SCHIEDER, es hat erst kleinere örtliche Versuche gegeben, die sich jedoch bewährt haben, da die Bewohner mit viel Liebe "ihre Grünflächen" betreuen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 11. ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (öVP), aufgrund welcher Kriterien der Fragenkatalog der Umwelterhebung 1982 der Magistratsabteilung 22 erstellt wurde, sagte StR. SCHIEDER, daß man sich dabei der Erfahrungen der im Jahr 1973 durchgeführten Umwelterhebung bedient hat. Diese Umwelterhebungen stellen die einzige Möglichkeit dar, einen repräsentativen Meinungsquerschnitt der Bevölkerung zu Fragen der Luftreinhaltung, der Verkehrsbelästigung und der Grünpolitik zu erhalten. Um die Fragestellung zu optimieren, wurden vor der Umwelterhebung 1982 Probebefragungen durchgeführt. Die Ergebnisse der Umwelterhebung sind sowohl für die Grünpolitik wie auch für die Stadtplanung von großem Wert. Die Aktion kann international als beispielhaft gelten.

Auf die 1. ZUSATZFRAGE, warum in der Frage nach der Geruchsbelästigung keine kommunalen Anlagen als möglicher Belästigungsfaktor erwähnt wurden, sagte Schieder, jeder Befragte sei in der Lage gewesen, jede Belästigung - auch durch kommunale Unternehmen einzutragen.

Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob bestimmte Fragen der Umwelterhebung mit dem Datenschutz zu vereinbaren seien, sagte Schieder, daß es den Befragten ja freistehe diesbezügliche Einsicht zu verweigern. (Ende der Fragestunde). (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

17 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen sieben ANFRAGEN der öVP vor. Außerdem lagen ein ANTRAG der öVP betreffend die Ansprachen bei Jungbürgerfeiern, ein ANTRAG der SPÖ betreffend Verkehrsberuhigung in Gersthof und ein ANTRAG der Bezirksvertretung des 20. Bezirkes betreffend die Anpassung des Betriebsschlusses der Autobuslinien 10 A und 11 A an die U-Bahn vor.

Zwtl.: Neues Mitglied des Gemeinderates

Anstelle von GR. Dkfm. AMMANN (öVP) der in den Vorstand der Wiener Holding berufen wurde, wurde Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP) als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt.

Der neue Gemeinderat wird dem Ausschuß Straße, Verkehr und Energie angehören. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

19. Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zahlen des Wiener Budgets 1983 ergeben das Bild einer aktiven kommunalen Verwaltung, die erfolgreich bemüht ist, die großen Probleme einer Millionenstadt zu lösen, erklärte Stadtrat Hans MAYR (SPÖ) in seiner Budgetrede. Es ist gelungen, die Fremdmittelaufnahmen geringer zu halten als 1982, den Abgang der Verkehrsbetriebe zu stabilisieren, die Fortsetzung des U-Bahn-Baues zu garantieren und wesentlich mehr Mittel als 1982 für den sozialen Sektor, für den kommunalen Wohnbau und die Instandhaltung zur Verfügung zu stellen.

Das Budget sieht Einnahmen von 60,6 Milliarden und Ausgaben von 65,6 Milliarden bei einem Abgang von 5 Milliarden vor. Die Einnahmen steigen gegenüber 1982 um 5,6 Prozent, die Ausgaben um 5,8 Prozent. Bei der Schätzung ist man, so Mayr, sehr sorgfältig vorgegangen, und so kann man annehmen, daß der ausgewiesene Abgang von 5 Milliarden nicht überschritten, wenn nicht sogar unterschritten wird. Für das heurige Jahr zeichnet sich bereits ab, daß der im Budget ausgewiesene Abgang von 4,6 Milliarden mit Sicherheit nicht überschritten wird. Diese realistische Budgeteinschätzung geht auf die "Wiener Tradition" zurück, die Einnahmen vorsichtig, die Ausgaben eher an der oberen Grenze einzustufen.

Nach Mayr sind 1983 im Budget 18,6 Milliarden an direkt nachfragewirksamen Ausgaben enthalten - um 5,38 Prozent mehr als 1982. Es ist somit gelungen, den realen Wert dieser direkt beschäftigungswirksamen Ausgaben zu halten. Damit leistet die Stadt Wien - wie in den vergangenen Jahren - einen hohen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze. Mayr: "Ein Geheimnis des erfolgreichen Wiener Weges liegt wohl darin, daß wir uns weniger im Abschicken von Protesttelegrammen üben, sondern in Übereinstimmung mit der Bundesregierung eigene Aktivitäten setzen." (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

20 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) 1982 waren zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen besonders erfolgreich: die Wiener Lehrplatzförderung und die Tätigkeit des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds. Im November wurde von Bürgermeister GRATZ ein Wiener Sonderprogramm für die Bauwirtschaft angekündigt, dessen Details nunmehr in Ausarbeitung sind. Durch mehr Geld für die Stadt- und Wohnungserneuerung, durch einen rascheren Ausbau des Fernwärmenetzes und durch eine Forcierung des U-Bahn-Baues sollen zusätzliche Mittel für die Bauwirtschaft bereitgestellt werden, ohne daß das Budget damit belastet wird.

Schwerpunkte des Budgets 1983 sind der öffentliche Verkehr, der Wohnbau und die Stadterneuerung, die Krankenanstalten, soziale Belange und die umfangreichen Freizeit-, Bildungs- und Kulturaktivitäten.

Im Budget sind 7,7 Milliarden für die öffentlichen Verkehrsmittel enthalten. Hervorstreichend ist, daß der Abgang der Wiener Verkehrsbetriebe mit 1.909 Millionen stabilisiert werden konnte. Für den U-Bahn-Bau stehen 1.551 Millionen zur Verfügung. Davon entfallen 1.131 Millionen auf die neuen Linien U 3 und U 6. Der Bundeszuschuß macht 513 Millionen aus, weitere 130 Millionen vom Bund kommen aus der KFZ-Steuer.

Zu den Spitälern betonte Mayr, daß Wien eine leistungsgerechte Verteilung der Gelder aus den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds begrüßt. Die im nächsten Jahr zu erwartenden, zusätzlichen Gelder des Bundes und der Sozialversicherung werden bereits nach einem leistungsbezogenen Modell aufgeteilt. Wien wird davon rund 30 Prozent bekommen, weil es gut geführte Spitäler mit hohen Leistungen besitzt.

Wien kommt seinem Ruf als soziale Stadt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nach. Die Sozialausgaben steigen von 2.234 Millionen im heurigen Jahr auf 2.690 Millionen im nächsten Jahr. Sparsamkeit darf nicht bei jenen Gruppen beginnen, die sich in der Gesellschaft nur schwächer artikulieren können, erklärte Mayr.

(Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Budgetrede von Stadtrat Mayr

=++++

21 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Einen weiteren Schwerpunkt des Budgets stellt der Wohnbau und die Erhaltung dar. 1982 wird in Wien mit rund 8.000 geförderten Neubauwohnungen eine Spitzenleistung erzielt. 1983 sind für den kommunalen Wohnbau 3.320 Millionen vorgesehen. Im Rahmen der Wohnbauförderung werden an Dritte wie Genossenschaften 2.381 Millionen ausgegeben. Für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser sind 1.154 Millionen eingeplant, 1982 waren es 919 Millionen, 1981 695 Millionen.

Abschließend betonte StR Mayr, daß die Neuverschuldung unter Berücksichtigung der Stadtwerke 1983 geringer sein wird als 1982. 1982 waren im Budget 5,1 Milliarden an Fremdmittelaufnahmen enthalten, 1983 sind es mit 4,4 Milliarden um 700 Millionen weniger. Obwohl der Abgang des Budgets 1983 mit 5 Milliarden um 400 Millionen höher ist als 1982, fällt damit die Situation um 300 Millionen günstiger aus als 1982.

Der Schuldenstand der Stadt Wien wird Ende 1982 40,3 Milliarden ausmachen. Davon entfallen auf die Wiener Stadtwerke 17 Milliarden, auf die Hoheitsverwaltung 14,1 Milliarden und auf Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds 9,2 Milliarden. Durch die im Budget vorgesehenen Fremdmittelaufnahmen ohne Abgangsdeckung wird sich dieser Schuldenstand in Jahr 1983 auf 42,3 Milliarden erhöhen.
(Forts.) sei/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Generaldebatte

=++++

22 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) schloß sich einleitend dem Appell von Finanzstadtrat MAYR an, alles zu unternehmen, daß die VEW-Zentrale weiterhin in Wien bleiben soll.

Der Budgetvoranschlag für 1983 zeige, daß sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen weiter öffne. Schon 1984 wird es für Investitionen keine Eigenfinanzierung mehr geben, und die Stadtverwaltung müsse dann auf Fremdmittel zurückgreifen. Die neue Spargesinnung, die nun gepredigt werde, wird jedoch in der Praxis nicht durchgeführt. Den ungedeckten Abgang von mehr als fünf Milliarden bezeichnete GR. Hirnschall als neuen Negativrekord. Es komme zu diesem Fehlbetrag, obwohl im kommenden Jahr die Investitionen einen Tiefstand erreichen und der Gesamtschuldenstand die 40 Milliarden-Grenze überschreiten werde.

HIRNSCHALL warf Finanzstadtrat Mayr vor, das offene Debakel um ein Jahr hinauszuschieben. Denn, hätte er die Ansätze für Investitionsvorhaben im kommenden Jahr so angesetzt wie sie noch im Finanz- und Investitionsplan 1982 bis 1987 vorgesehen waren, dann würde der ungedeckte Abgang weit mehr als sieben Milliarden ausmachen. Es sei eine Illusion zu glauben, daß 1984 alle diese Investitionen nachgetragen werden können, da keinerlei Einnahmensteigerungen zu erwarten sind. "Welchen Wert hat eine mehrjährige Investitionsplanung", fragte GR. HIRNSCHALL, "wenn schon kurz darauf die Ansätze nicht mehr stimmen."

Als Beispiel der Verschwendungspolitik nannte der FPÖ-Klubobmann den Bau des Konferenzzentrums, dessen Finanzierung noch immer nicht gesichert sei, die Brigittenauer Brücke, den Kauf des wertlosen Rinter-Müllzeltes und die vielen Millionen für EBS und Abwasserbeseitigung. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Generaldebatte

=++++

23 Wien, .6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL bezeichnete es als Zumutung, daß die Stadt Wien für die Kosten des VIP-Clubs im Stadion des Bautenministers Sekanina mehr als eine Million an Zinsenstützung aufbringen soll, während derzeit diskutiert und noch immer nicht entschieden ist, ob den Bedürftigen der Stadt Wien ein Heizkostenzuschuß von 250 oder 500 S gegeben werden soll.

Die tägliche Praxis zeige, daß die Wiener Bürger auch weiterhin keine Sicherheit haben, daß ihre Steuergelder sinnvoll verwendet werden. Daher werde die Freiheitliche Partei dem Budget 1983 die Zustimmung verweigern, schloß GR. HIRNSCHALL. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte

=++++

25 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (öVP) erklärte, das zur Diskussion stehende Budget sei das 10., das gegen die Stimmen der öVP beschlossen werden soll. Noch nie seien die negativen Auswirkungen des Bundesbudgetes auf das Wiener Budget so deutlich geworden, wie jetzt. 1973 habe die Investitionsquote 22 Prozent betragen, 1983 liege sie nur mehr bei 13,7 Prozent. Spätestens 1990, vielleicht auch schon 1986/87, werden alle Fremdmittelaufnahmen für den Schuldendienst benötigt werden. Die Investitionsrate sinke ständig, während die Steuerbelastungen fortwährend steigen. Darum habe die öVP die Budgets immer abgelehnt, sagte Hahn. Und während die Gebühren und Tarife erhöht werden, sinken notwendige Investitionsraten. Er kritisierte das Nichtfunktionieren bei den EBS und bei Rinter und wandte sich gegen zu geringe Bauraten beim AKH-Neubau.

GR. Hahn erklärte, die Gemeinde Wien habe durch die Einhebung eines Erhaltungsbeitrages jährlich 700 Millionen Mehreinnahmen. Davon würden jedoch nach den bisherigen Beschlüssen nur 385 Millionen verbraucht. Hahn brachte daher den ANTRAG ein, die Einnahmen aus dem Erhaltungsbeitrag, die im laufenden Jahr nicht verbraucht werden, einer Sonderrücklage zuzuführen. In einem weiteren ANTRAG verlangte Hahn, in Wien eine Wohnstarthilfe einzuführen, durch die jungen Menschen zum Erwerb einer Alteigentums-, Genossenschafts- oder einer Althauswohnung ein besonders zinsengünstiges bzw. zinsengestütztes Darlehen bis 100.000 S erhalten sollen.

Das Budget 1983 sei das Eingeständnis einer verfehlten sozialistischen Politik in den letzten Jahren, sagte Hahn abschließend. Die Bedeckung wichtiger Aufwendungen für Müll, Kanal, Wasser, Luftreinhaltung und Infrastruktur sei nicht gewährleistet. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Generaldebatte

=++++

26 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Indem die ÖVP den allmählichen Rückzug des Staates aus der Gesellschaft fordert, nähert sie sich dem "Spiel der freien Kräfte", daß den Starken unterstützt und den Schwachen sich selbst überläßt, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Diese Auffassung der ÖVP, die die SPÖ niemals teilen wird, kommt auch in der Ablehnung des Budgets durch die Opposition zum Ausdruck. Seit 1978 hat die ÖVP mit immer wiederkehrenden Argumenten das Budget der Stadt Wien abgelehnt. Kritisiert werden die steigende Verschuldung, die Einnahmenpolitik und die Schwerpunktsetzung. Allerdings verrät die ÖVP nicht, in welcher Form die Geldmittel hereinkommen sollen, um die Vorschläge der Opposition realisieren zu können.

Vergleicht man den Schuldenstand zu den Gesamtausgaben, so beträgt er in Wien 49,6 Prozent, in Graz 66,8 Prozent, in Klagenfurt 155,2 Prozent und in Innsbruck 159,6 Prozent. Je schwärzer die Politik, desto finsterer sind die Finanzen, meinte Edlinger. Die Stadt Wien soll ihren Einnahmenrahmen reduzieren, gleichzeitig mehr Geld ausgeben und dabei noch den Schuldenstand verringern. Dies sei einfach unmöglich.

Mit dem Stadtentwicklungsplan 2000 sei ein Zielkonzept für die nächsten 20 Jahre erstellt worden, an dessen Verwirklichung die SPÖ mit Optimismus herangeht. Die ÖVP hat sich zu diesen Zielvorstellungen noch nicht geäußert, bezweifelt jedoch ihre Realisierung. In der Stadtpolitik sei kein Platz für kleinmütigen Pessimismus. Die Schwierigkeiten der Weltwirtschaftskrise verspüren alle Staaten. In den konservativ regierten Ländern sind die Inflations- und Arbeitslosenraten jedoch am höchsten. Es sei ein großer Unterschied, ob es um das Profitinteresse des Kapitals oder ob es um die Interessen der Menschen geht. Die Sozialdemokraten haben sich für die Interessen der Menschen entschieden. (Forts.)
ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Generaldebatte

=++++

27 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Was man von einer ÖVP-Regierung erwarten müsse, kann man aus verschiedenen Broschüren und Aussagen von ÖVP-Politikern entnehmen. ÖVP-nahe Wirtschaftsexperten sprechen von "einer heilsamen Wirkung temporärer Arbeitslosigkeit". Die konservative Regierung in Deutschland habe zunächst 10 Milliarden DM mehr Schulden gemacht, die Mehrwertsteuer erhöht und die Erhöhung der Pensionen gestrichen. In Amerika will Präsident Reagan nun sogar auch die Arbeitslosen zur Kasse bitten.

GR Edlinger kritisierte die ÖVP-Haltung zur verstaatlichten Industrie, der, "Sterbehilfe" gewährt werden soll. Durch die verstaatlichten Betriebe hat auch die Privatindustrie an Aufträgen profitiert. Auch Klein- und Mittelbetriebe werden großzügig gefördert. In den letzten eineinhalb Jahren wurden 1,7 Milliarden für Wirtschaftsförderung ausgegeben. Die ÖVP spricht sich in ihrer Wirtschaftsbroschüre für die verstärkte Zusammenarbeit der Ostregion für den Verkehrsverbund aus. Der Verkehrsverbund ist bisher immer am Einspruch der Niederösterreichischen Landesregierung gescheitert, erinnerte GR Edlinger. Bei der Müllverwertung habe sich gezeigt, daß es ein Fehler ist, Privaten kommunale Aufgaben zu überantworten. Zielführende Umweltpolitik muß so betrieben werden, daß vor allem die Verursacher herangezogen werden. Gesellschaftspolitische Aufgaben lassen sich nicht durch das "freie Spiel der Kräfte" regeln. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

28 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bezeichnete den von Stadtrat MAYR vorgelegten Voranschlag 1983 als ein "Budget der versäumten Möglichkeiten". Man habe in den vergangenen Jahren den Budgetspielraum vertan, sodaß nun die Investitionen eingeschränkt werden müssen, was zu weiterer Arbeitslosigkeit beitrage. Es ermangle Wien an einer sparsamen und rationellen Verwaltung. Einer Ausweitung des Dienstpostenplans stünden stark steigende Gebühren für Energie, Wasser, Müllabfuhr und öffentlichem Verkehr gegenüber. Dadurch würden viele Menschen an die Grenze der Armut getrieben, was an den stark steigenden Ausgaben für Sozialhilfe abzulesen sei.

Besonders kritisierte WÖBER die "einseitige Investitionspolitik der Großprojekte". Während etwa beim Bau des Konferenzzentrums mit einer Milliarde S 860 Menschen beschäftigt werden könnten, seien es im Bereich der Stadterneuerung 2.000 Menschen. Gerade auf dem Wohnungssektor wäre es also möglich, durch volkswirtschaftlich rentierliche Investitionen einen großen Beschäftigungseffekt zu erzielen. Da überdies in Wien 270.000 Wohnungen sanierungsbedürftig seien, würde es auf jeden Fall sinnvoll sein, das Wiener Budget in Richtung Stadterneuerung umzustrukturieren. Einen Beginn könnte man bei den Gemeindebaumietern machen, indem man diese durch mehr Mitwirkungs- und Mitspracherecht zur Stadterneuerung motiviere. In diesem Sinn stellte WÖBER einen ANTRAG, den Mietern von Gemeindebauten die Möglichkeit zu geben, über die konkrete Verwendung des Erhaltungsbeitrages selbst mitzuentcheiden und auch gewisse Bauüberwachungs- und Kontrollfunktionen übernehmen zu können. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

29 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) richtete an die ÖVP die Aufforderung, konkret zu sagen, welche Dienstposten sie einsparen möchte und nicht nur allgemein von Einsparungen zu reden. Im Sozial- und Gesundheitswesen kommen Personalverringerungen keinesfalls in Frage, betonte DINHOF. Die Steigerung der Ausgaben bei den Sozialhilfen hat ihre Ursache in der weltweiten Wirtschaftssituation. Den Ärmsten zu helfen, ist für Sozialisten eine Selbstverständlichkeit. Er sei froh darüber, sagte DINHOF, daß heute auch die ÖVP für eine rasche Fertigstellung des AKH eintritt. Für die sozialen Dienste verschiedene Vereine heranzuziehen, die von der öffentlichen Hand subventioniert werden, ist ein in Wien bereits seit langem eingeschlagener Weg.

GR. WIESINGER (SPÖ) wies den Vorwurf zurück, daß die Politik der SPÖ zur Vermehrung der Armut in unserer Stadt beitrage. Die Politik der Vollbeschäftigung in einer Zeit großer weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten war gerade in Wien und in Österreich bisher erfolgreich. Die Arbeitslosenrate konnte auf einem außerordentlich niedrigen Niveau gehalten werden. Auch das Budget 1983 wird dazu beitragen, das Mögliche in dieser Stadt zu erreichen. Zur Frage des Finanzausgleichs stellte WIESINGER fest, daß im Laufe einer Legislaturperiode der Umfang eines ganzen Haushaltes von Wien in die anderen Bundesländer fließe. Der ÖVP warf WIESINGER innere Widersprüche vor. So sei die niederösterreichische ÖVP gegen den Wiener U-Bahn-Bau, die Wiener ÖVP dafür. Präsident Dittrich und Industrielle seien für Großprojekte, Busek sei dagegen.

Die ganze Erfindungsgabe der ÖVP in den letzten zehn Jahren bestand im Neinsagen. In diesem Jahrzehnt wurden große Leistungen vollbracht, von der Donauinsel über die UNO-City, die U-Bahn, Fußgängerzonen, große Wohnbauten, Straßen und Brücken, den Ausbau der sozialen Dienste, die Schaffung von Grünflächen und Erholungseinrichtungen bis zur Sicherung der Energieversorgung.
(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Finanzen- und Wirtschaftspolitik

=++++

30 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) verwies darauf, daß alles, was in dieser Stadt geschaffen wurde, nicht von der SPÖ sondern von der Steuerleistung aller Wiener finanziert wurde. Seiner Ansicht nach sind die neuen Gebührenregelungen für die finanziell Schwächeren eine Härte. Durch Konsumverzicht könnte diesen Gebühren nicht ausgewichen werden. GR. WÖBER bedauerte, daß die Schere zwischen mehr Ausgaben und weniger Einnahmen sich immer mehr öffnet.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) wies die Behauptung von GR. WIESINGER (SPÖ) vehement zurück, daß sich die Volkspartei mit dem Stadtentwicklungsplan nicht auseinandersetze. Dieser Generalplan ist eine langjährige Forderung der Volkspartei "wir brauchen ihn, wir brauchen aber auch den Konsens", sagte Dr. MAYR. "Er ist eine verbindliche Richtlinie für die Politiker und für den Magistrat". Der ÖVP-Mandatar gab sich skeptisch gegenüber den Aktivitäten des Presse- und Informationsdienstes im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsplan. Es entstehe der Eindruck, sagte der Redner, daß der PID im Frühjahr ein Propagandatrommelfeuer entfachen werde und der Stadtentwicklungsplan vor den Wahlen zu einem sozialistischen Papier werde. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

31 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR dankte allen Fraktionen des Gemeinderates für das einstimmige Bekenntnis, daß die VEW-Zentrale in Wien bleiben solle.

Zum Debattenbeitrag von FPÖ-Klubobmann HIRNSCHALL stellte Stadtrat MAYR fest, daß die Wiener Strom- und Gasstarife nicht überhöht sind. Er trete aber für einen bundeseinheitlichen Stromtarif ein.

Zur Wortmeldung von ÖVP-Klubobmann HAHN meinte StR. MAYR, es sei richtig, daß Fernwärmeleitungsrohre einer bestimmten Dimension importiert werden müssen. Diese könnten im Inland nicht erzeugt werden, weil der Verbrauch zu gering sei. Der Vorwurf von HAHN, daß in den Gemeindebauten eine sanfte Stadterneuerung vor sich gehe, bewiese, daß die Stadt Wien die Einnahmen richtig verwende.

StR. MAYR verwahrte sich gegen den Vorwurf von ÖVP-Bautensprecher, Nationalrat KEIMEL, daß Wien zuviel an Wohnbauförderungsmitteln bekomme. Es sei nun einmal so, sagte MAYR, daß der Wohnbau in der Stadt teurer ist, als die Errichtung eines Eigenheimes. "Städtischer Wohnbau ist mit Nachbarschaftshilfe nicht möglich".

Zur Gebührenpolitik stellte StR. MAYR fest, daß das System umgestellt worden sei. Es soll nicht so sein, meinte MAYR, daß der Benutzer einer Substandardwohnung für Wasser und Kanal soviel zahlt wie der Eigentümer von privaten Sauna- und Schwimmbadanlagen.

Die ÖVP hat zehn Jahre hindurch das Budget abgelehnt. Die Summe der ÖVP-Abänderungsanträge lag bei zirka ein Prozent der Budgetsumme. "Ich wünsche jedem", sagte MAYR abschließend, "daß er nicht mehr als ein Prozent an Kritik einstecken muß". (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

32 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) widmete sich in seinem Einleitungsreferat eingehend dem Umweltschutz. Ein Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie bestehe seiner Ansicht nach nicht, sagte Schieder, sondern nur zwischen kurzfristigen betriebswirtschaftlichen und langfristigen volkswirtschaftlichen Überlegungen. Die Umweltpolitik biete eine industrielle Chance: wenn Umweltschutz so betrieben werde, wie seine Fraktion das sehe, würden damit Arbeitsplätze nicht nur nicht gefährdet, sondern zusätzlich neu geschaffen werden. Richtig verstandener Umweltschutz verdamme nicht Projekte, sondern beeinflusse sie so, daß sie in ihrer Wirkung nicht teurer kommen, als sie Nutzen bringen, formulierte Schieder.

Auf dem Gebiet der Umweltpolitik muß man danach trachten, Umweltschäden zu verhindern, statt sie bloß zu beseitigen, führte Schieder weiter aus und nahm dabei Bezug auf die Zwei-Liter-Einweg-Flaschen. Er berichtete dann über wissenschaftliche Untersuchungen zur Reinhaltung der Luft und zur Vorsorge gegen Lärmbelästigung. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

33 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Man dürfe auch nicht sagen, "groß" sei grundsätzlich schlecht - hier wäre es notwendig, gemeinsam nach einer differenzierten Anschauung zu ringen. Schieder verwies darauf, daß bei Großprojekten Umweltschutzaspekte berücksichtigt werden, wie zum Beispiel Wirbelschichtöfen und die Kraft-Wärme-Kupplung.

Umweltstadtrat Schieder wandte sich dagegen, daß Umweltschutzbemühungen oft von den Medien und der Opposition falsch behandelt werden: man könnte den Eindruck gewinnen, der Nichtstuer sei der Beste, weil er keine Fehler macht, während ein anderer, der sich um eine hundertprozentige Problemlösung bemüht, während ihm nur eine fünfundneunzig-prozentige gelingt, der Schlechte sei. Schieder verwies darauf, daß es in Wien erstmals gelungen ist, bereits sehr geringe Verschmutzungen des Grundwassers festzustellen und daher Gegenmaßnahmen eingeleitet werden konnten. Andere, die diese Untersuchungen nicht durchführen, seien "die Braven", weil sie keine Verschmutzungen feststellen.

StR. Schieder warnte vor Lizitationen im Bereich der Grünpolitik und forderte ÖVP und FPÖ auf, zu bedenken, daß Wählerstimmen, von denen sie glauben, sie der SPÖ "mit dem Grünmäntelchen" abwerben zu können, Stimmen sind, die sie der Demokratie insgesamt abwerben.

(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

34 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Der Umwelt und dem Grünraum Wiens kommen wesentliche Bedeutung zu, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Der Gedanke des Umweltschutzes ist zwar noch sehr jung, aber ein wichtiger Teilaspekt der Politik geworden. Jeder Mensch hat das Anrecht auf eine gesunde Umwelt. Alle politischen Kräfte, denen die gesunde Umwelt ein Anliegen ist, sollen zusammenwirken. Entscheidende Veränderungen zugunsten des Umweltschutzes wird es erst dann geben, wenn die regierende Partei ihre Politik danach abstimmt. Die FPÖ wird ihr Umweltschutzanliegen immer wieder an die Adressen der Verantwortlichen herantragen. Beim Ausbau des Kraftwerkes Dürnrrohr soll weiter verfolgt werden, ob es den Umweltschutzbedingungen entspricht. PAWKOWICZ forderte Vbgm. Dr. Busek auf, er möge auf Landeshauptmann Ludwig entsprechend einwirken. Auch im Stadtgebiet gibt es eine Reihe von Kraftwerken, die nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Ein neues Umweltschutzgesetz berücksichtigt leider nur eine Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl auf zwei Prozent und damit den technischen Stand von Vorgestern. GR. PAWKOWICZ BEANTRAGTE, mit der ÖMV in Verhandlung zu treten damit der Schwefelgehalt im Heizöl für Kraftwerke auf 0,5 Prozent gesenkt wird.

Um der Einengung städtischer Erholungsbereiche Einhalt zu gebieten, soll künftig der Naturschutzbeirat ein Mitspracherecht bei Flächenwidmungen erhalten. Ist eine Umwidmung von Grünland vorgesehen, so soll ein Gutachten des Naturschutzbeirates eingehoben werden, BEANTRAGTE PAWKOWICZ. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

35 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Entgegen den Äußerungen von Pawkowicz gebe sich Landeshauptmann LUDWIG beim Kraftwerk Dürnrrohr nicht mit dem status quo zufrieden. Auch habe es die Wiener ÖVP nicht versäumt, in diesem Fall die Anliegen Wiens zu vertreten. In einem Gespräch zwischen Vizebürgermeister Dr. BUSEK und Landeshauptmann Ludwig sei der höchstmögliche Entschwefelungsgrad für Dürnrrohr zugesagt worden. Schließlich werde der Kraftwerksblock 1 in Dürnrrohr nicht von der NEWAG sondern vom Verbundkonzern gebaut. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

36 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) befaßte sich mit dem nun vorliegenden Landessportstätten-Leitplan für Wien. Dieser Leitplan lasse zweifellos eine bessere Versorgung in Wien mit Sportplätzen erkennen, doch sei nach wie vor eine Reihe von Mängeln festzustellen. So seien viele Sportstätten nicht wettkampfgerecht, nur beschränkt benützbar und in einem schlechten Zustand. Manche Bezirke seien nach wie vor unterversorgt. Zahlreiche Fehler seien auch dadurch entstanden, daß der Sportstätten-Leitplan solange auf sich habe warten lassen. Dadurch seien eine Reihe von Sportstätten verloren gegangen, andererseits eine Zahl von Bundesligaplätzen auf Kosten des Praterstadions unbedacht ausgebaut worden. Von den ursprünglichen Plänen zum Weststadion sei nur der Fußballplatz übriggeblieben. Das vor sieben Jahren fertiggestellte Hallenstadion im Prater befinde sich bereits in einem bedenklichen Zustand. Arthold stellte den ANTRAG, den Bauzustand des Hallenstadions durch das Sicherheitskontrollamt der Stadt Wien zu überprüfen. Arthold forderte schließlich eine eigene Trägergesellschaft für die Wiener Sportstätten und sagte, in Anbetracht der stark fallenden Mittel für den Sport im Budget 1983 könne seine Partei auch in diesem Bereich keine Zustimmung geben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

37 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Eine wesentliche Voraussetzung für die Mitsprache der Bevölkerung ist die Information, sagte GR. NUßBAUM (SPÖ). Mitunter habe er den Eindruck, daß die ÖVP versuche, die Informationstätigkeit der Stadt Wien zu unterdrücken oder zu manipulieren. Wie sonst sei es zu verstehen, daß gegenüber Mitarbeitern des Presse- und Informationsdienstes pauschal der Vorwurf des Amtsmißbrauches erhoben werde? Sollen die Bürger etwa nicht über den Stadtentwicklungsplan informiert werden? Ist das Propaganda? Der Presse- und Informationsdienst betreibt keine Parteipropaganda, sondern ist eine kommunale Dienststelle, die über die Arbeiten der Wiener Stadtverwaltung berichtet. Das Arbeitsprogramm der Wiener Stadtverwaltung ist aufgrund des Wahlergebnisses in weiten Bereichen von der SPÖ geprägt. Der Presse- und Informationsdienst berichtet aber auch über die Pressekonferenzen der anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien und bringt in seinen Publikationen immer wieder auch Stellungnahmen von Oppositionspolitikern. Der Versuch, den Journalisten der Stadt Wien einen Maulkorb umzuhängen, sollte unterlassen werden.

Dem Sport kommt in unserer Gesellschaft große Bedeutung zu, sagte NUßBAUM. Um der Bevölkerung die Sportausübung zu ermöglichen, ist ein angemessenes Angebot an Sportstätten zur Verfügung zu stellen. Zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zählen die schrittweise Generalinstandsetzung der Wiener Sportstätten. Das Bäderkonzept wird planmäßig verwirklicht. Die Donauinsel wird nach ihrer Fertigstellung ein Freizeit- und Sportareal darstellen, das in Europa seinesgleichen sucht. Die Sportförderung wird auch im kommenden Jahr konsequent fortgesetzt werden. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

38 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) stellte fest, daß die Volkspartei den PID und die Informationspolitik der Gemeinde an sich nicht kritisiert. Die Information der Bevölkerung ist nötig. "Wir halten nachdrücklich fest", sagte FÜRST, "daß der amtliche Presse- und Informationsdienst zur Objektivität verpflichtet ist. Es handelt sich um das Steuergeld aller Wiener, das für die Information aufgewendet wird. Nach dem Dienstrecht der Beamten und nach der Vertragsbedienstetenordnung sind die Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes zu besonderer Objektivität verpflichtet. Wenn sie das nicht tun, so ist das Amtsmißbrauch."

Er habe bereits einmal nachgewiesen, betonte FÜRST, daß die Zeitung "Wien aktuell-Wochenblatt" das Gebot der Objektivität und Unparteilichkeit verletzt. Es werden unabhängige Zeitungen und die Opposition sowie Bürgerbewegungen kritisiert und Unwahrheiten verbreitet. "Das ist keine objektive Information", hob GR. FÜRST hervor, "das ist Mißbrauch von Steuergeld für parteipolitische Zwecke". (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

39 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Er habe in zwei Gesprächen mit dem Chefredakteur von "Wien aktuell-Wochenblatt", Prof. Stimmer, versucht zu erklären, daß solche Fleißaufgaben, wie Kritik an unparteilichen Zeitungen, an der Opposition und an Bürgerinitiativen, nicht nötig seien. "Wien besteht nicht nur aus einer Partei. Und es ist ein Gebot der Objektivität, nicht nur über eine Seite zu berichten." Die Forderung nach Einhaltung des Dienstrechtes der Beamten und der Vertragsbedienstetenordnung ist keine Beschränkung der journalistischen Freiheit. "Da wir nicht darauf einwirken können", sagte FÜRST wörtlich, "da wir den Verdacht haben, daß parteipolitisch Druck ausgeübt wird, haben wir die Gerichte angerufen. Die Strafanzeige wurde erstattet."

GR. FÜRST verwies darauf, daß der Herausgeber aller Publikationen die Stadt Wien ist. "Es ist eine grobe Verletzung der Unparteilichkeit und Objektivität, wenn die Stadt Wien als Herausgeber der Publikationen Teile der Stadt Wien verteufelt". (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

40 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) "Saurer Regen ist nicht nur ein Schlagwort, sondern eine traurige Tatsache", führte GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) aus. In Wien sind das Heizöl schwer und die beiden kalorischen Kraftwerke dafür verantwortlich, daß jährlich über 20.000 Tonnen Schwefeldioxyd ausgestoßen werden. Gegenüber den Vorjahren ist es sogar mehr. Durch die Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sind es sogar über 35.000 Tonnen "saure Regenbildner". Ein Teil davon wird zwar neutralisiert, es bleibt aber noch immer sehr viel über; im Mittel 26.000 Tonnen pro Jahr, das sind pro Hektar des Stadtgebietes 360 Kilogramm. Und die Folgen: "der Braunlook der Wiener Straßenbäume ist ein tragischer Blick". Das Baumsterben hat heuer bereits im Juni eingesetzt.

Dazu kommen die giftigen Schwermetalle. In Wien liegen die Werte höher als in den USA. StR. SCHIEDER sollte dafür sorgen, so rasch wie möglich die schweren giftigen Metalle aus der Wiener Atemluft zu verbannen.

Die Magistratsabteilung 22 hat, wie DDr. STRUNZ betonte, bereits im Vorjahr die schweren Mängel der Hauptkläranlage in Simmering aufgezeigt. Die ÖVP-Vorstellungen decken sich mit der Kritik der Magistratsabteilung 22.

Das geplante Blockheizwerk beim Hietzinger Friedhof bezeichnete der Redner als "kommunales Schwachsinn". Ein Beispiel der Stadtverschwendung. Es müßte einen anderen Weg geben, um dieses Heizwerk zu errichten, etwa auf dem ORF-Gelände am Küniglberg, wo die vorhandene Anlage mit geringerem Aufwand vergrößert werden könnte. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

41 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitspolitik und Umweltpolitik sind untrennbar miteinander verbunden, sagte GR. EMERLING (SPÖ). Für die SPÖ sei Umweltpolitik schon immer ein ernstzunehmender Faktor gewesen. Emerling verwies darauf, daß sich das Humanprogramm der SPÖ zum Umweltschutz bekennt, daß ein eigenes Umweltministerium geschaffen wurde und daß auch die Stadt Wien über eine eigene Umweltgeschäftsgruppe verfügt. Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien ist federführend bei der Förderung des Umweltbewußtseins und des Umweltverhaltens. Dazu gehören auch Rat und Hilfe bei der Frage, wie gefährliche Stoffe beseitigt werden können. Die MA 22 befaßt sich auch mit der Anpassung der Rechtsordnung an die Forderung der Zeit, und sie ist zuständig für die Schaffung der Einrichtungen, die notwendig sind, um Umweltprobleme rechtzeitig zu erkennen und wissenschaftlich fundierte Lösungen vorschlagen zu können.

Zum psychischen Wohlbefinden gehört auch das Gefühl der "kleinen Sicherheit", führte Emerling weiter aus. In diesem Zusammenhang nannte er Leistungen und Bedeutung der Feuerwehr.

Der Stadtentwicklungsplan ist der Versuch, künftig entstehende Probleme zu erkennen und Lösungsvorschläge anzubieten. In diesem Zusammenhang nannte er den Landschaftsplan mit dem Ziel der Sicherung des Wald- und Wiesengürtels und seine Schließung zwischen Bisamberg und Lobau. Er vertrat die Ansicht, daß wirtschaftliche Interessen und Anliegen des Landschafts- und Umweltschutzes durchaus vereinbar sind. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

42 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) forderte StR. SCHIEDER auf, den Umweltschutz bereits bei der Planung zu berücksichtigen und gegen die Reißbrettmentalität aufzutreten. Mehr Grün sei eine soziale Notwendigkeit für jene, die es sich nicht leisten können, an den Wochenenden aus der Stadt zu fahren. GR. Hawlik kritisierte, daß gerade in den grünflächenärmsten Bezirken die wenigsten Bäume gepflanzt werden. StR. Schieder habe von 110.827 gepflanzten Bäumen gesprochen, tatsächlich sind es nur etwa 60.000 Bäume die gepflanzt wurden. Auf zahlreichen Arealen der Stadt wurde die Grünpolitik vernachlässigt: die Steinhofgründe und der Rosenhügel sollten bebaut werden, schöne Straßen Wiens wurden verbetoniert, der Sternwartepark ist immer noch nicht geöffnet und der Auwald beim Alberger Hafen wurde zur Rodung freigegeben. Einige Dinge die die ÖVP gefordert habe, werden durchgeführt wie zum Beispiel das Salzstreuverbot. GR. Hawlik BEANTRAGTE die rasche Begrünung entlang der Bahntrasse Vorortelinie nach Abschluß der Bauarbeiten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

43 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) bezeichnete die Vorhaben auf dem Sektor Umwelt und Freizeit als wesentlichen Schwerpunkt des Budget 1983. So wird die Donauinsel mit einem Aufwand von 388 Millionen zügig weitergebaut. Die Abschnitte zwischen S-Bahn-Brücke und Brigittenauer Brücke sowie zwischen Wehr 1 und Steinspornbrücke werden der Bevölkerung bereits im Frühjahr übergeben. Weitere Wasserbauten werden im Bereich des Wienflusses und des Liesingbaches durchgeführt. Der Wiener Stadtradweg wird im kommenden Jahr bis Nußdorf erweitert. Ebenfalls fortgesetzt werden die Maßnahmen zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels im 10., 11., 21. und 22. Bezirk. In diesem Zusammenhang wies VEJTISEK darauf hin, daß der Wald- und Wiesengürtel in den letzten Jahrzehnten um 41 Prozent gewachsen ist. Im Wiener Stadtgebiet wurden seit Ende 1981 110.000 Bäume gepflanzt, allein auf der Donauinsel hat das Forstamt bis jetzt 1,170.000 Bäume und Sträucher gesetzt. Der Verzicht auf Salzstreuung zur Rettung der Alleebäume, Grünmaßnahmen in den Stadterneuerungsgebieten, die Eröffnung des achten Stadtwanderweges und die Komplettierung des Radwanderweges Wien-Kottingbrunn führe VEJTISEK schließlich als weitere Beispiele einer zielstrebigen Grünpolitik an, die Wien zur lebenswerten Stadt macht. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

44 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Es stimmt nicht, sagte StR. SCHIEDER, daß die Umweltproblematik jüngeren Datums sei. Sie entstand im wesentlichen mit dem Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Die Umweltverschmutzung war früher in einem vielfach höheren Ausmaß Bestandteil der täglichen Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten. Neu ist, daß die Umweltproblematik heute alle Menschen betrifft. Zum Kraftwerk Dürnröhr bemerkte SCHIEDER, daß der Einzige, der ein "Hohelied" auf diese Anlage auch ohne Filter sang, der FPÖ-Abgeordnete STIX war.

Es ist richtig, daß alte Schulturnsäle nicht den heutigen Normausmaßen entsprechen. Sportliche Betätigung ist aber auch dort durchaus möglich.

Es gibt heute nicht weniger, sondern mehr Fußballvereine, nämlich 221 Vereine, 393 Nachwuchsmannschaften und 16.800 Mitglieder. Auch die Zahl der Ligen ist nicht geringer geworden, sie wurden nur anders benannt.

Die Freizeit- und Sportgelegenheiten in Wien gehen weit über die im Sporstätten-Leitplan erfaßten hinaus. Der Fehlbestand in einzelnen Bezirken ist oft ein rein theoretischer. Wien kann auf seine Errungenschaften auf dem Sport- und Freizeitsektor stolz sein.

Der Pressedienst der Stadt Wien berichtet in der Rathauskorrespondenz nach journalistischen Gesichtspunkten unbestritten objektiv nicht nur über die Sitzungen des Gemeinderates, sondern auch über die Pressekonferenzen der Parteien. Dies wird auch von allen Parteien anerkannt. Kritik an Meinungen von Oppositionspolitikern wird in Publikationen der Stadt Wien nur dann geübt, wenn diese Meinungen den Interessen der Mehrheit der Wienerinnen und Wiener widersprechen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

45 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Es wird, betonte SCHIEDER in den verschiedenen Publikationen des Presse- und Informationsdienstes aber immer wieder auch Vertretern oppositioneller Ansichten Platz eingeräumt. Es kam bisher nicht vor und wird auch in Zukunft nicht vorkommen, daß auf Redakteure des Presse- und Informationsdienstes Druck ausgeübt wird, gegen ihre Überzeugung zu schreiben. Der einzige Versuch in diese Richtung wurde von öVP-Gemeinderat FÜRST unternommen. Die Redakteure des Presse- und Informationsdienstes haben dagegen in einem Schreiben an öVP-Klubobmann HAHN einhellig Stellung genommen.

Die Behauptung von GR. DDr. STRUNZ, daß die Zahl der Messungen geringer wird, ist falsch, sagt SCHIEDER. Selbstverständlich wird der pH-Wert gemessen.

1981 wurden 500.000 Bäume gepflanzt, 1982 waren es 110.000. SCHIEDER wies die Behauptung, daß Grün wegradieret werde, zurück. In einer Zeit, in der die Lobau unter Naturschutz gestellt wurde, der Laaer Wald geschaffen wurde und 100.000 Bäume gepflanzt werden, sei eine solche Behauptung einfach unverständlich. Würde man nur den Rednern der öVP zuhören, müßte man den Eindruck gewinnen, in einer fremden Stadt zu leben. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Personal

=++++

46 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat NEKULA (SPÖ) meinte, die Stadt Wien habe mit 1,5 Millionen Einwohnern und 60.000 Bediensteten auf dem Personalsektor sehr sparsam gewirtschaftet. Der Personalaufwand beträgt 18 Milliarden. Der Personalmehrbedarf für 1983 liegt bei 761 Dienstposten, davon 100 für Behinderte, 170 für Kindergartenpersonal, 43 für Pensionistenheime, 270 für den Krankenpflegedienst, 39 für die neuen Bezirkshallenbäder, 41 für die Wohnhäuserverwaltung und 27 für die neue Hauptfeuerwache Liesing. "Die neuen Dienstposten sind ausschließlich im Dienstleistungssektor", betonte StR. NEKULA.

Die Gehaltsverhandlungen sind abgeschlossen. Die Mehrkosten betragen 815 Millionen.

Es ist gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit weiter zurückzudrängen. Derzeit stehen 4.705 junge Menschen in einer Berufsausbildung bei der Stadt Wien.

Zur Forderung, Gastarbeiter in Österreich abzubauen, betonte StR. NEKULA, daß derzeit 4.510 Nichtösterreicher in den Diensten der Stadt Wien stehen. Allein ein Ausfall der im Krankenhausdienst tätigen Nichtösterreicher würde bedeuten, daß das Krankenhaus Lainz gesperrt werden müßte. Für viele Berufe sind Österreicher überhaupt nicht zu bekommen.

Daß eine Tätigkeit bei der Stadt Wien erstrebenswert ist, zeigt die Tatsache, daß derzeit 4.269 Österreicherinnen und Österreicher, darunter Techniker, Facharbeiter, Krankenschwestern, um eine Aufnahme in den Dienst der Stadt Wien ansuchen. Interessant sei auch, sagte StR. NEKULA, daß 2.000 Niederösterreicher und 800 Personen aus anderen Bundesländern in den Diensten der Stadt Wien stehen.

(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Personal

=++++

47 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1982 wurde an 3.328 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Eine Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz wird derzeit im Nationalrat behandelt.

Mit Stichtag 15. November 1982 sind in Wien 1,127.145 Frauen und Männer wahlberechtigt. Die Bevölkerungsbewegung zeigt folgende Aufschlüsselung: Der Zuzug aus Österreich nach Wien liegt bei 11.000 Personen pro Jahr, der Zuzug aus dem Ausland bei 1.000. Der Wegzug von Wien innerhalb Österreichs bei knapp über 15.000 und ins Ausland bei 1.200 jährlich. Die Wählerevidenz hat eine monatliche Änderung von knapp 1,5 Prozent aller Wahlberechtigten.

In seinem Ressort sind derzeit zwei Vorhaben anhängig, sagte StR. NEKULA, das Sicherheitsgesetz und die Bauordnungsnovelle. Im Unterausschuß wurde einstimmig festgestellt, daß im Rahmen des Sicherheitsgesetzes die Wohnungsprostitution verboten werden soll. Grundsätzliche Übereinstimmung herrsche auch bei der Bauordnungsnovelle: der Schutzzonenparagraf soll losgelöst von der Bauordnung behandelt werden.

Den Vorwurf, die Stadt Wien habe bei der Volkszählungsklage vor dem Verfassungsgerichtshof Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verletzt, wies StR. NEKULA entschieden zurück. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Personal

=++++

48 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, daß die Gehaltsverhandlungen zwischen Verwaltung und Bediensteten einen maßvollen Abschluß gefunden haben. Alle Bedienstetenkategorien blieben unter der Inflationsrate und auch unter den im Budget präliminierten Ansätzen. Aufklärung verlangte Hirnschall über die Personalaufstockung im Bereich der Personalausgleichsstelle um rund 40 Prozent, und er forderte NEKULA auf, Überlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Einführung der 35-Stunden-Woche anzustellen.

Weiter wollte Hirnschall wissen, warum ein neun Jahre langer Prozeß gegen einen Grundbesitzer nahe am Einlaufbauwerk Langenzersdorf geführt wurde, obwohl sich während des Verfahrens zeigte, daß das Grundstück die Arbeiten für den Hochwasserschutz nicht beeinträchtigte. Welche Prozeßkosten muß die Stadt Wien nun zahlen, fragte Hirnschall? Hinsichtlich des Sicherheitsgesetzes, insbesondere die Regelung der Wohnungsprostitution, verlangte Hirnschall eine rasche Fertigstellung des Gesetzentwurfes.

GR. EBERHARDT (ÖVP) verlangte eine Neuregelung im Zusammenhang mit der Abgeltung von Mehrdienstleistungen für städtische Bedienstete, da derzeit kein Anspruch auf Bezahlung bestehe. Ehestens solle ein Personalvertretungsgesetz auch für die Gemeindebediensteten verabschiedet werden. Mehr Rechte urgierte Eberhardt für die Zivilkontrolloren der Verkehrsbetriebe, die derzeit kaum Möglichkeiten haben, Schwarzfahrer anzuhalten. Sie seien damit schlechter gestellt als ÖBB-Kontrolloren. Geändert werden sollte auch das Disziplinarrecht, das derzeit noch Disziplinarstrafen neben Gerichts- und Verwaltungsstrafen kennt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Personal

=++++

49 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Eine gut funktionierende Verwaltung hat ihren Preis, stellte GR. PÖDER (SPÖ) fest. Die Bezüge der Gemeindebediensteten werden 15,4 Milliarden betragen. Die Stadt Wien hat sich in letzter Zeit besonders bemüht, Jugendlichen einen Arbeitsplatz zu sichern. Die stillgelegte Lehrwerkstätte der VEW in Floridsdorf wurde in einer Blitzaktion instandgesetzt.

Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Arbeiters bei der Stadt Wien beträgt derzeit 14.420 Schilling, der eines Beamten 17.676 Schilling. In der Privatwirtschaft beträgt der durchschnittliche Verdienst etwa 12.000 Schilling. Die Lohnpolitik im öffentlichen Dienst war in der letzten Lohnrunde darauf ausgerichtet, Reallohnverluste zu vermeiden. Die niedrigsten Bezüge wurden mit 5,1 Prozent stärker angehoben als die höchsten mit vier Prozent. Die Teuerungsrate wird 1983 mit 4,5 Prozent prognostiziert. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten konnte ein "Beamtenopfer" verhindern. Für Lohneinbußen können nur alle Berufsgruppen gemeinsam herangezogen werden, und nicht nur eine. Sicherheit könne man nicht in Gehaltsprozenten quantifizieren, meinte GR. PÖDER. Bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung habe die ÖVP "Purzelbäume" geschlagen. Nach dem ersten gemeinsamen Beschluß der Gewerkschaften für eine Urlaubsverlängerung, zog sich die ÖVP wieder zurück. GR. PÖDER glaubt nicht an die Realisierung einer linearen Arbeitszeitverkürzung um ein oder zwei Stunden, sondern eher an eine partielle Arbeitszeitverkürzung, die in bestimmten Branchen zur Arbeitsplatzsicherung notwendig ist. In schwierigen Zeiten wurden viele Verbesserungen für Gemeindebedienstete erreicht. Es soll nicht immer von Privilegien gesprochen werden, wenn man Errungenschaften meint. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Personal

=++++

50 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) sagte zunächst zum Themenkreis der Arbeitszeitverkürzung, daß diese nur im Zusammenhang mit den Randbedingungen, wie etwa dem Lohnausgleich, beurteilt werden könne. Ohne Zweifel sei mit Schwierigkeiten in verschiedenen, sensiblen Bereichen zu rechnen. Nur der Slogan von der Arbeitszeitverkürzung löse auf jeden Falle keine Probleme.

Kauer wandte sich dann dem Datenschutz zu. An Hand der Anschaffung eines sogenannten "Hyperchannel" durch die Stadt Wien erscheine ihm dieses Problem, so Kauer, besonders dringlich. Dieses Instrument ist imstande, eine Verbindung zwischen den verschiedenen Computersystemen im Bereich der Gemeinde Wien herzustellen. Konsequentergedacht, könne man hier die Gefahren von Orwells "1984" schon sehen, sagte Kauer. Auch bei Vorkehrungen aller denkmöglichen Sicherungen erhebe sich die Frage, wer berechtigt sei, die Daten abzurufen. Nachdem die Stadt jedoch verantwortlich für die vertrauliche Verwendung der Daten sei, sollte überlegt werden, eine Art Datenschutzanwalt zu schaffen. Es könnte dies ein erster Schritt auf dem Gebiet der Datenaufarbeitung und des Datenschutzes sein, dessen man sich mehr und mehr zuwenden müsse, um die diesbezüglichen Probleme zu lösen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Personal

=++++

51 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Beamten sind für den geordneten Ablauf der Verwaltung notwendig, sagte GR. HOLUB (SPÖ). Einsparungen sollte man vor allem in der Gag-Politik vornehmen. So sei zum Beispiel die Aktion Holz sammeln der ÖVP unglaublich gewesen.

StR. NEKULA wies darauf hin, daß in dem Personalzuwachs in der Personalausgleichsstelle 100 Behinderte sowie Präsenzdienster und Frauen, die ein weiteres Karenzjahr in Anspruch nehmen, beinhaltet sind. Weitere 50 Behinderte können aufgenommen werden, sodaß die Stadt Wien insgesamt 150 Behinderten Arbeit gibt. Wir sind bemüht, sagte NEKULA, die Probleme, die es im Zusammenhang mit einem Personalvertretungsgesetz gibt, zu lösen. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß es im Unterschied zum Bund in Wien Betriebe wie die Stadtwerke mit eigenem Unternehmensstatus gibt.

Das bestehende Disziplinarrecht ist sicherlich nicht mehr ganz befriedigend. Wir sind dabei, hier einen Weg zu finden, betonte Nekula.

Bei gleicher Arbeit gibt es im Gemeindedienst keinen Unterschied in der Bezahlung zwischen Mann und Frau.

Im Bereich der EDV gebe es eine notwendige Verzahnung und Verknüpfung, jedoch keineswegs einen für jedermann möglichen Zugriff auf Daten. NEKULA wies in diesem Zusammenhang auch auf die Datenschutzkommission hin.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde nach zwölfstündiger Dauer um 22 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen mit den Beratungen über die Kapitel "Gesundheit und Soziales", "Bildung, Jugend und Familie" sowie "Kultur und Bürgerdienst" fortgesetzt. (Schluß) ger/gg

NNNN